

KURZ & SCHNELL

» UN-MIGRATIONSPAKT



NR. 16

8.11.2018

Datum

MIGRATIONSPAKT ENGAGIERT UMSETZEN

DARUM GEHT'S

Im Dezember 2018 soll auf einer Konferenz der Vereinten Nationen in Marrakesch der „Globale Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration“ angenommen werden. Die grüne Bundestagsfraktion begrüßt den UN-Migrationspakt seit langem. Es ist der erste Versuch überhaupt, sich innerhalb der Vereinten Nationen im Umgang mit Migrationsprozessen auf ein gemeinsames internationales Regelwerk zu verständigen. Mit ihm soll irreguläre Migration durch verbesserte internationale Zusammenarbeit in geordnete und reguläre Bahnen gelenkt werden.

Der UN-Migrationspakt hat insbesondere fünf inhaltliche Anliegen:

- Fluchtursachenbekämpfung
- Stärkung sicherer, geordneter und regulärer Einwanderungswege
- Grenzüberschreitende Bekämpfung von Menschenhandel und –handel
- Verbesserte Kooperation im Grenzmanagement
- Stärkung und Schutz der Rechte von Migrant*innen (insbesondere von Kindern und Frauen)

Hierzu enthält der Migrationspakt eine Vielzahl von Selbstverpflichtungen der Staaten. Er betont die Einhaltung der völkerrechtlichen und insbesondere der menschenrechtlichen Verpflichtungen – etwa die der Genfer Flüchtlingskonvention oder der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.

DAS SAGEN WIR DAZU

- Grundlage des Paktes ist die Erkenntnis der Weltgemeinschaft aus der Flüchtlingssituation der Jahre 2014–2016: Kein Land der Erde kann solche Herausforderungen allein und nur für sich rein national bewältigen. Dies kann in Zeiten der Globalisierung nur im Zusammenwirken mit anderen Staaten gelingen. Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen unterstützt diesen kooperativen und verantwortlichen multilateralen Ansatz.
- Der Migrationspakt kann seine Wirkung bei der Fluchtursachenbekämpfung, der Ordnung der Einwanderungswege, der grenzüberschreitende Bekämpfung von Menschenhandel und –handel, der Kooperation im Grenzmanagement und der Stärkung der Rechte und des Schutzes von MigrantInnen, insbesondere von Kindern und Frauen, nur entfalten, wenn er auch umgesetzt wird. Dazu braucht es einen ambitionierten Plan zur nationalen Umsetzung des UN-Migrationspaktes, der entwickelt werden muss.
- Deutschland sollte auch international eine führende und verlässliche Rolle bei der Implementierung des Migrationspaktes einnehmen. Denn nur wenn weltweit alle zusammenwirken, kann ein sinnvoller globaler Rahmen für Migration gelingen. Es ist auch im Interesse Deutschlands entsprechend seiner Möglichkeiten technische, finanzielle und personelle Ressourcen bereitzustellen, um ärmere Länder bei der Verankerung einer Einwanderungs- und Integrationspolitik zu unterstützen, die dem Migrationspakt gerecht wird.
- Außerdem streiten wir für ein modernes Einwanderungsgesetz in Deutschland, das diesen Namen auch verdient.

DAS MUSS MAN WISSEN (HINTERGRUND)

Kampagnen gegen den Migrationspakt

Seit Monaten wird der Pakt mit bewusster Falschinformation, unbegründeter Angstmake und bewussten Falschinformationen verunglimpft. ES war ein Kardinalfehler der Bundesregierung, die Öffentlichkeit nicht rechtzeitig sachlich und transparent über den Migrationspakt zu informieren.

Es wird behauptet, der Migrationspakt würde die Souveränität der einzelnen Staaten einschränken und mit ihm würde ein Recht auf Migration eingeführt. Beides ist dezidiert falsch.

- Durch den UN-Migrationspakt wird kein „Recht auf Migration“ begründet. Es werden vielmehr Rechte von Migrant*innen auf Schutz ihrer Menschenwürde bekräftigt, die längst in anderen UN-Dokumenten enthalten oder die bereits Teil unserer Verfassungsordnung sind.
- Auch ist die Wahrung nationaler Souveränität zentrales Leitprinzip des Migrationspakts: So bekräftigt er ausdrücklich „das souveräne Recht der Staaten, ihre nationale Migrationspolitik selbst zu bestimmen, sowie ihr Vorrecht, die Migration innerhalb ihres Hoheitsbereichs in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht selbst zu regeln“.

Der Migrationspakt selbst ist kein völkerrechtlicher Vertrag. Gerade das kritisieren wir beim Menschenrechtsschutz als zu schwach. Hier sind mehr verbindliche Regelungen auf internationaler Ebene notwendig.

AfD propagiert Verschwörungstheorien

Die AfD im Bundestag marschiert einmal mehr politisch Seite an Seite mit rechtsextremistischen Verschwörungstheoretikern. Diese phantasieren über den UN-Migrationspakt als Teil eines angeblichen Generalplans zum „globalen Bevölkerungsaustausch“.

Gerade die politischen Kräfte, für die das Schüren von Ängsten vor „irregulärer Migration“ das Hauptgeschäftsmodell ist, bekämpfen nun ein internationales Regelwerk, das Migration sicherer, geordneter und regulärer gestalten will. Es geht ihnen nur um Panikmake und nicht um sachorientierte Lösungen.

Wir dagegen setzen auf internationale Zusammenarbeit: zur Bekämpfung von Fluchtursachen, zur geordneten Steuerung von Migration und zum besseren Schutz vor Diskriminierung, Ausbeutung und Menschenrechtsverletzungen.

LINKS ZUM WEITERLESEN

Unser Antrag: Umsetzung des Global Compact for Migration – Globale Standards für die Rechte von MigrantInnen stärken
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/055/1905547.pdf>